

Die Soziale Ökonomie in Ostmitteleuropa: Konzepte und Perspektiven

von Ewa Leś, Institut für politische Wissenschaften, Universität Warschau, und Giulia Galera, Institut zur Erforschung des Non-Profit-Sektors, Universität Trento

Ausgangslage

Die Region Ostmitteleuropa steht vor großen Herausforderungen: Es herrscht zwar durchweg ökonomisches Wachstum, dieses ist jedoch verbunden mit einer Polarisierung des Lebensstandards, gekennzeichnet durch hohe Anteile an Armut, sozialer Ausgrenzung, ungleichem Zugang zu den sozialen Sicherungssystemen und ethnischen Konflikten.

Die Veränderung dieser Situation wird darüber hinaus behindert durch eine Reihe von zusätzlichen Problemen und Konflikten, wie zum Beispiel Streitigkeiten zwischen den Regionen, Menschenrechtsverletzungen und Unterdrückung unabhängiger Medien sowie einen teilweise korrupten öffentlichen Sektor. Hinzu kommt auf der anderen Seite eine weitgehende öffentliche Apathie und ein Mangel an Vertrauen in bürgerschaftliche Initiativen, begünstigt durch nur schwach ausgeprägte öffentliche Beteiligungsstrukturen und große Unterschiede in den Einrichtungen zur Förderung des bürgerschaftlichen Engagements.

Formen und Einrichtungen der Solidarischen Ökonomie

Für Ostmitteleuropa im Allgemeinen können wir folgende Formen und Einrichtungen der Sozialen bzw. Solidarischen Ökonomie identifizieren:

- Selbsthilfegruppen,
- Vereinigungen auf Gegenseitigkeit,
- Stiftungen,
- traditionelle Genossenschaften,
- soziale Genossenschaften,
- Versicherungen bzw. Fonds auf Gegenseitigkeit,
- gemeinnützige Unternehmen und
- soziale Integrationszentren bzw. –clubs.

Zur Illustration mögen einige ausgewählte Beispiele von Sozialen Unternehmen dienen, die in verschiedenen Ländern Ostmitteleuropas soziale und gemeinwesenorientierte Dienstleistungen anbieten: So gibt es in Serbien insbesondere Selbsthilfe-Gruppen von und für die am meisten Benachteiligten, die sich mit Problemen der Wohlfahrt und der sozialen Sicherheit beschäftigen. In Polen gibt es inzwischen viele Genossenschaften von Eltern und Lehrern für Sekundarschulen, an denen sich viele Eltern aktiv beteiligen. Slowenien verfügt inzwischen über Not-for-Profit-Organisationen (NPOs), welche Dienstleistungen in den Bereichen Wissenschaft, Erziehung, Kultur, Sport, Gesundheit und soziale Angelegenheiten anbieten. In Bulgarien konzentrieren sich sogenannte Nicht-Regierungsorganisationen für soziale Dienste vor allem auf die Schaffung von Arbeits- und Einkommensmöglichkeiten. In Rumänien wiederum organisieren von den Gemeinden getragene Telezentren den Zugang von ländlichen Gemeinden zu Informations- und Kommunikationstechnologien.

Betrachten wir die Entstehungsgeschichte solcher solidarökonomischer Organisationen, so lassen sich folgenden Triebkräfte bzw. Traditionen identifizieren: Da sind zum Beispiel ältere Traditionen ökonomischer Selbsthilfe aus vor-kommunistischer Zeit, an denen zum Beispiel

Kreditgenossenschaften in Polen und Litauen oder Wohnungsgenossenschaften in Estland anknüpfen. Da sind zum Anderen die Bürgerrechts- (advocacy) Organisationen, die im Rahmen des Demokratisierungsprozesses entstanden sind und sich weiterhin für die Entwicklung und Stärkung demokratischer Strukturen einsetzen. Da sind zum Dritten die ausländischen Geldgeber bzw. Stiftungen, die in allen Ländern Ostmitteleuropas eine bedeutende Rolle spielen. Das gilt vor allem für die Länder des Balkan und die Nachfolgestaaten der Sowjetunion. Obwohl diese häufig den einzigen Zugang zu finanziellen Mitteln darstellen, ist deren Rolle nicht unproblematisch. Schließlich entstehen in wachsendem Maße neue Selbsthilfe-Bewegungen, die aus der unmittelbaren Erfahrung von Arbeitslosigkeit, Armut und Mängeln in der sozialen Versorgung hervorgehen.

Das Konzept der Sozialen Unternehmen in Polen

Das Konzept bzw. die Förderung Sozialer Unternehmen in Polen ist eine relativ junge Entwicklung, die von den Diskussionen um den Dritten bzw. Non-Profit-Sektor, die Nicht-Regierungsorganisationen und nicht zuletzt die Entwicklungen im Genossenschaftssektor (Beispiel Italien) beeinflusst ist. In geringerem Maße gab es aber auch Anregungen aus dem öffentlichen und dem privaten Sektor durch die Einrichtung von öffentlichen sozialen Integrationszentren und sogenannten „beschützenden“ Unternehmungen auf gemeinnütziger Basis.

Sie verdanken ihre Entstehung zweifellos den Anpassungszwängen des strukturellen Wandels in der Übergangsperiode, die mit hohen menschlichen Kosten wie Massenarbeitslosigkeit, Armut, sozialer Ausgrenzung und einem Auseinanderklaffen in der sozialen Versorgung verbunden waren.

Ein weiterer wichtiger Faktor in der Entwicklung einer sozialen Unternehmenskultur liegt im Prozess der Dezentralisierung, die eine Neuverteilung der Aufgaben und Verantwortlichkeiten bei den öffentlichen Dienstleistungen von der zentralen Ebene auf die Ebene der Lokalverwaltungen mit sich brachte. Damit verbunden ist die Einführung eines neuen Paradigmas der Subsidiarität und die Entstehung eines neuen Führungsstils auf lokaler Ebene, „from vote based to voice based“, d.h. die Mitwirkung der Bürger beschränkt sich nicht nur auf das Wählen, sondern auch auf das Sagen-Haben in allen sie betreffenden Angelegenheiten. Schließlich ist auch der Einfluss der politischen Empfehlungen bzw. der Programme der Europäischen Union, wie zum Beispiel nationale Aktionspläne und lokale Beschäftigungsinitiativen, die Strukturfonds und die Lissabon-Strategie zu erwähnen.

Inzwischen sind Soziale Unternehmungen in Polen und den meisten Ländern Ostmitteleuropas öffentlich anerkannt und rechtlich abgesichert. Die überwiegende Mehrzahl der Organisationen besteht aus Vereinen und Stiftungen, befördert durch die inzwischen bestehende rechtliche Garantie zur Bildung auch nicht-registrierter Organisationen und Vereinigungen. Daneben sind neue Rechtsformen entstanden, wie zum Beispiel „social cooperatives“ (soziale Genossenschaften) in Polen und Ungarn, „public benefit companies“ (gemeinnützige Unternehmen) in Tschechien, der Slowakei und Ungarn, „Not-for-Profit-Institutes“ in Slowenien und „social enterprises“ in Litauen.

Allgemein lässt sich sagen, dass der Sektor der Sozialen bzw. Solidarischen Unternehmen wächst, insbesondere als Produzent von und Agentur für soziale Dienstleistungen. Sie betreiben zum Beispiel in Polen ca. 3% aller Sekundarschulen, 14% der Kinderbetreuungseinrichtungen und fast 100% der Einrichtungen für Obdachlose.

Aktuelle Herausforderungen und Entwicklungshemmnisse

Die im Prinzip vorhandenen rechtlichen und Verwaltungsstrukturen sind trotzdem in vieler Hinsicht unvollständig und instabil. Vor allem fehlt es an einem öffentlichen Unterstützungssystem für die Soziale Unternehmenskultur, welches in etwa dem zur Förderung von Klein- und Mittelbetrieben vergleichbar wäre. Außerdem ist das Konzept nach wie vor politisch umstritten, wobei die Einen den Sektor ausweiten und die Anderen ihn wieder abschaffen wollen.

Die Unternehmen selbst unterliegen erheblichen finanziellen Restriktionen auf Grund des Mangels an bzw. der Instabilität von Förderprogrammen sowie der häufig unter- bzw. schlecht bezahlten öffentlichen Aufträge. Dazu gehören auch Mängel im Zugang zu den Mitteln der Strukturfonds, der zum Beispiel für Basisinitiativen nicht nur zu aufwändig, sondern auch in vieler Hinsicht begrenzt ist. Außerdem sind die Programme der Strukturfonds zu eng auf Probleme des Arbeitsmarkts zugeschnitten, während die Mängel im Bereich der sozialen und gemeinwesenorientierten Dienstleistungen unterschätzt werden.

Zukünftige Aufgaben und Perspektiven

Zusammenfassend können wir feststellen, dass die sozial engagierten Organisationen in Ostmitteleuropa trotz aller Fortschritte immer noch in erster Linie als „advocacy“, d.h. als Lobby-Organisationen agieren und verstanden werden. Von einer Anerkennung als potentieller neuer Akteur im künftigen Wohlfahrtssystem sind sie noch weit entfernt und echtes Soziales Unternehmertum ist eher noch die Ausnahme als die Regel.

Daraus ergibt sich eine Reihe von Aufgaben für die Zukunft:

- verstärkte Entwicklung der Aktivitäten von Sozialen Unternehmen im Bereich der Arbeitsbeschaffung sowie der sozialen und gemeinwesenorientierten Dienstleistungen,
- rechtliche Gleichstellung im Bereich der wirtschaftlichen Möglichkeiten mit den Klein- und Mittelbetrieben,
- Berücksichtigung der sozialen Verpflichtung von Sozialen Unternehmen im Steuer- und Abgabenrecht,
- Einführung sozialer, gemeinwesen- und umweltbezogener Kriterien bei der öffentlichen Auftragsvergabe,
- gleichberechtigter Zugang zu den Finanz-, Produkt- und Dienstleistungsmärkten wie für Klein- und Mittelbetriebe, besonders im Bereich der öffentlichen Daseinsvorsorge,
- Aufbau von Beratungs- und Unterstützungseinrichtungen für Soziale Unternehmen,
- Unterstützung von dezentralen Selbstverwaltungs-Körperschaften auf der lokalen Ebene.

Vieles davon gilt nach unserer Kenntnis auch für andere europäische Regionen. Für die Entwicklung der Sozialen Unternehmenskultur in Ostmitteleuropa möchten wir jedoch folgende Aufgaben hervorheben:

- faire Entlohnung und Rahmenbedingungen für Dienstleistungen, die von Sozialen Unternehmen im öffentlichen Auftrag bzw. Interesse erbracht werden (public procurement),
- besondere Förderung von dezentralen Organisationsstrukturen bzw. Initiativen „von unten“,
- Aufbau von speziellen Aus- und Weiterbildungseinrichtungen und
- Entwicklung neuer Forschungsgebiete und –einrichtungen für die Soziale Ökonomie.

Ewa Leś ist Professorin für Politische Wissenschaften am Institut für Sozialpolitik der Universität Warschau, Leiterin des Post-Graduierten-Programms für Aus- und Weiterbildung von Fach- und Führungskräften der Sozialen Ökonomie, Koordinatorin des nationalen EQUAL-Projekts zur Förderung der Sozialen Ökonomie und Vorsitzende des Forschungszentrums für Non-Profit-Organisationen der Polnischen Akademie der Wissenschaften.

Mehr Informationen unter: www.tujestpraca.pl , www.ips.uw.edu.pl und www.gospodarkaspoleczna.pl